FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI

Bundesschiedsgericht

Beschluss

verkündet am 30.03.1995

B-6-1/III-95

In dem Schiedsgerichtsverfahren

der Delegierten des außerordentlichen Landesparteitages der F.D.P. B

1. R
2. H[1]
3. B
4. N
5. L[1]

zu laden über R aus B

- Antragsteller und Beschwerdeführer -

g e g e n

den F.D.P.-Landesverband B,

vertreten durch den Vorstand,

dieser vertreten durch den Vorsitzenden R aus B

- Antragsgegner und Beschwerdegegner -

Beigeladen und beigetreten:

1. F
2. H[2]
3. H[3]
4. K
5. L[2]

zu laden über F aus B

wegen Satzungsauslegung

hat das Bundesschiedsgericht auf die mündliche Verhandlung vom 30. März 1995 in B unter [...] Mitwirkung von

Dr. Hans Fuhrmann [Vorsitz]

Dr. Kurt Wöhler [Beisitzer]

Hermann Bach [Beisitzer]

Günther Kastenmeyer [Beisitzer]

Michael Reichelt [Beisitzer]

beschlossen:

1. Auf die Beschwerde der Antragsteller/Beschwerdeführer wird der Be-schluß des F.D.P.-Landesschiedsgerichts B vom 16.02.1995 (Az.: 1/III-95) aufgehoben.
2. Es wird festgestellt:
 - a) daß ein Beschluß nach § 14 b Abs. (1) Satz 3 der Landessatzung B mit einer Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen ge-faßt ist,
 - b) daß Enthaltungen nicht als abgegebene gültige Stimmen anzusehen sind und damit bei der Ermittlung der Mehrheit unberücksichtigt bleiben,
 - c) daß der außerordentliche Landesparteitag des Landesverbandes B am 14. Januar 1995 bei 331 abgegebenen gültigen Stimmen mit 221 JA-Stimmen zu 110 NEIN-Stimmen die Landesliste nach § 14 b Abs. (1) Satz 3 der Landessatzung B beschlossen hat.
3. Kosten werden nicht erhoben, außergerichtliche Kosten der Beteiligten werden nicht erstattet.

Gründe

I.

1. Die Antragsteller/Beschwerdeführer waren Hauptdelegierte auf dem außerordentlichen Landesparteitag des Antragsgegners/Beschwerdegegners vom 14.01.1995.

2. Auf dem genannten außerordentlichen Landesparteitag wurden durch verschiedene Gliederungen des Antragsgegners/Beschwerdegegners und den Landesvorstand die Anträge A 1/95, A 2/95, A 4/95, A 6/95 und A 14/95 eingebracht. Diese verfolgten allesamt das Ziel, die Aufstellung einer Landesliste für die nächste Wahl zum [...] Abgeordnetenhaus [in B] auf die Landeswahlversammlung zu verlagern, wie dies nach den einschlägigen Wahlvorschriften des Landes B und damit korrespondierend zu § 14 b Abs.(1) Satz 3 der Landessatzung möglich ist.

3. Vor Beginn der Abstimmung über die bezeichneten Anträge stellte der Präsident des Parteitages, nachdem er eine Stellungnahme des Landessatzungsausschusses eingeholt hatte, fest, daß für eine Beschlußfassung 232 JA-Stimmen (= 2/3 der stimmberechtigten Delegierten) notwendig seien. Nachdem die Beschlußfassung hinsichtlich des Antrages A 4/95 auf dessen Nr. 1 beschränkt worden war, wurden die übrigen vorbezeichneten Anträge zur geheimen Abstimmung gestellt. Im Protokoll der Zählkommission und im Protokoll des Landesparteitages wurde über die Abstimmung und das Ergebnis festgehalten:

"338 abgegebene Stimmen

2 ungültige Stimmen

336 gültige Stimmen

221 JA-Stimmen

5 Enthaltungen

110 NEIN-Stimmen

Damit ist die 2/3 Mehrheit der stimmberechtigten Delegierten (= 232 Stimmen) nicht erreicht worden."

Das Abstimmungsergebnis wurde den Delegierten vom Parteitagspräsidenten mit folgenden Worten mitgeteilt:

"Nach diesem Ergebnis ist die Landesliste für die Wahl zum Abgeordnetenhaus 1995 nicht mit der satzungsändernden Mehrheit von 232 Stimmen beschlossen worden."

4. Unter dem 18.01.1995 stellten die Antragsteller/Beschwerdeführer einen Antrag auf Feststellung einer von ihnen vertretenen gegenteiligen Satzungsauslegung. Sie sind der Auffassung, daß für eine Beschlußfassung nicht die satzungsändernde Zweidrittelmehrheit notwendig gewesen wäre, sondern nur eine Mehrheit von Zweidrittel der abgegebenen gültigen Stimmen. Weiterhin ergebe sich auch aus keiner Satzungsvorschrift, daß die Stimmenthaltungen bei der Ermittlung der Gesamtzahl der gültigen Stimmen mitzuzählen seien. Dies sei aber, wenn so verfahren werden solle, zwingend notwendig. Aus diesem Grunde sei der Beschluß über die Aufstellung einer Landesliste mit der erforderlichen Mehrheit von 221 JA-Stimmen zustande gekommen.

Ihre Antragsberechtigung leiten die Antragsteller/Beschwerdeführer aus § 11 Nr. 3 lit.c der Schiedsgerichtsordnung her. Sie sind der Auffassung, daß es Ausfluß des § 5 Abs. (1) Satz 1 der Landessatzung sei, daß jedes Mitglied ein materielles Recht auf ordnungsgemäße

Auslegung und Anwendung der Satzung habe. Dies gelte für sie als Delegierte und damit als Vertreter ihrer Gliederungen beim außerordentlichen Landesparteitag in verstärktem Maße.

Sie beantragten daher festzustellen,

- a) daß ein Beschluß nach § 14 b Abs. 1 Satz 3 der Landessatzung B mit einer Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefaßt ist,
- b) daß Enthaltungen nicht als abgegebene gültige Stimmen anzusehen sind und damit bei der Ermittlung der Mehrheit unberücksichtigt bleiben,
- c) daß der außerordentliche Landesparteitag des Landesverbandes B am 14. Januar 1995 bei 331 abgegebenen gültigen Stimmen mit 221 JA-Stimmen zu 110 NEIN-Stimmen die Landesliste nach § 14b Abs. 1 Satz 3 der Landessatzung B beschlossen hat.

5. Der Antragsgegner/Beschwerdegegner schloß sich nach Einholung eines anwaltlichen Gutachtens und der Stellungnahme des Vorsitzenden des Bundessatzungsausschusses vorbehaltlos der Rechtsauffassung der Antragsteller/Beschwerdeführer an und beantragte,

dem Antrag der Antragsteller/Beschwerdeführer stattzugeben.

6. Das Landesschiedsgericht B wies mit Beschluß vom 16.02.1995 den Antrag als unzulässig zurück, da aufgrund des Antrages des Antragsgegners/Beschwerdegegners der Antrag der Antragsteller/Beschwerdeführer unzulässig geworden sei. Dadurch, daß sich der Antragsgegner/Beschwerdegegner der Rechtsansicht der Antragsteller/Beschwerdeführer angeschlossen habe, fehle es an einer Streitigkeit im Sinne des § 9 Abs. 1 Nr. 5 der Schiedsgerichtsordnung bzw. des § 7 Abs. 3 lit.e der Landessatzung B. Damit sei für die Antragsteller/Beschwerdeführer das Rechtsschutzbedürfnis entfallen. Für die Erstellung eines Gutachtens zur (vormals) streitigen Frage sei nunmehr (zunächst) nur der Landessatzungsausschuß berufen.

Darüber hinaus beleuchtete das Landesschiedsgericht in seiner Entscheidung Problematiken der Begründetheit des Antrages.

7. Gegen diese Entscheidung richtet sich die Beschwerde der Antragsteller/Beschwerdeführer an das Bundesschiedsgericht vom 20.02.1995. Darin begründen sie die persönliche Betroffenheit im Sinne des § 11 Nr. 3 lit.c SchGO ergänzend damit, daß der Antragsteller/Beschwerdeführer zu 1/ auch Vorsitzender des F.D.P.-Ortsverbandes F und stellvertretender Vorsitzender des Bezirksverbandes B-S sei, der Antragsteller/Beschwerdeführer zu 3/ Abgeordneter [...] Abgeordnetenhaus [in B] sei und beabsichtige, auch für die nächste Legislaturperiode zu kandidieren, der Antragsteller/Beschwerdeführer zu 4/ sei Vorsitzender des Bezirksverbandes B-W und der Antragsteller/Beschwerdeführer zu 5/ stellvertretender Vorsitzender des Ortsverbandes Z. Aus der mit diesen Funktionen und Rechtsstellungen verbundenen Verantwortung ergebe sich ebenfalls das Recht und die Pflicht, die, nach ihrer Auffassung fehlerhafte, Satzungsanwendung anzufechten.

Auch sei ein Rechtsschutzinteresse nicht entfallen. Zum einen lasse das Landesschiedsgericht völlig unberücksichtigt, daß über § 31 SchGO ggf. eine Anerkennung des Antragsgegners/Beschwerdegegners nach § 307 ZPO in Betracht käme, zum anderen gehe es bei der Satzungsinterpretation nicht um dispositives Recht der Parteien, sondern um objektives Satzungsrecht. Daher könne die Streitigkeit trotz gleicher Rechtsauffassung von Antragsteller/Beschwerdeführer und Antragsgegner/Beschwerdegegner durchaus fortbestehen. Dies zeige sich auch darin, daß eben nicht der Landesvorstand des Antragsgegners/Beschwerdegegners, sondern der Landessatzungsausschuß und daran anschließend das Präsidium des außerordentlichen Landesparteitages diejenigen Institutionen gewesen seien, die eine, nach Auffassung der Antragsteller/Beschwerdeführer fehlerhafte, Interpretation der Satzung vorgenommen haben. Beides seien jedoch Gremien ohne eigene Rechtsfähigkeit und damit auch nicht parteifähig im Schiedsgerichtsverfahren. Mithin habe der Landesverband B, vertreten durch den Landesvorstand, schon aus formalen Gründen zum Antragsgegner/Beschwerdegegner gewählt werden müssen. Darüber hinaus vertrete der Landesverband auch all diejenigen namentlich unbekanntenen Delegierten des außerordentlichen Landesparteitages, welche sich nicht der Rechtsauffassung der Antragsteller/Beschwerdeführer anschließen würden. Auch aus diesem Grunde bestehe die Streitigkeit innerhalb des Landesverbandes fort.

Im übrigen setzten sich die Antragsteller/Beschwerdeführer mit den materiell-rechtlichen Fragestellungen des Beschlusses vom 16.02.1995 auseinander, welche das Landesschiedsgericht B in einem obiter dictum dargelegt hat. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß der Präsident des Landeschiedsgerichts an der Entscheidung mitgewirkt habe, obwohl gebeten worden sei, die Inkompatibilität zwischen der Beteiligung als Richter in diesem Schiedsgerichtsverfahren und der Mitgliedschaft im Landessatzungsausschuß zu prüfen. Es sei im übrigen auffallend, daß sich das Landesschiedsgericht willkürlich und außerhalb jeglichen Zusammenhanges nur einzelne materiell-rechtliche Gesichtspunkte aus der zu den Antragstellern/Beschwerdeführern entgegengesetzten Sicht beleuchtet habe, obwohl dafür aufgrund des Schiedsspruches eigentlich keine Veranlassung bestanden habe.

Im übrigen sei auf die vom Antragsgegner/Beschwerdegegner vorgelegten Dokumente, die sich die Antragsteller/Beschwerdeführer im nunmehr Verfahren vollinhaltlich zu eigen machen, nicht oder nur unzureichend eingegangen worden.

Die Antragsteller/Beschwerdeführer beantragen daher:

Unter Aufhebung des Beschlusses des Landesschiedsgerichts B vom 16.02.1995 wie folgt zu entscheiden:

Es wird festgestellt,

- a) daß ein Beschluß nach § 14b Abs. 1 Satz 3 der Landessatzung B mit einer Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefaßt ist,
- b) daß Enthaltungen nicht als abgegebene gültige Stimmen anzusehen sind und damit bei der Ermittlung der Mehrheit unberücksichtigt bleiben,

c) daß der außerordentliche Landesparteitag des Landesverbandes B am 14. Januar 1995 bei 331 abgegebenen gültigen Stimmen mit 221 JA-Stimmen zu 110 NEIN-Stimmen die Landesliste nach § 14b Abs. 1 Satz 3 der Landessatzung B beschlossen hat.

8. Der Antragsgegner/Beschwerdegegner hat mit Schriftsatz vom 03.03.1995 sinngemäß beantragt,

entsprechend dem Antrag der Antragsteller/Beschwerdeführer zu entscheiden.

Er führt dazu aus, daß er vollinhaltlich auf den erstinstanzlichen Vortrag Bezug nehme und der Würdigung des Beschlusses des Landesschiedsgerichts B durch die Antragsteller/Beschwerdeführer nichts hinzuzusetzen habe. Insbesondere sei durch seinen Anschluß an die Rechtsauffassung der Antragsteller/Beschwerdeführer die Streitigkeit nicht entfallen, da er auch stellvertretend für die Parteitagsdelegierten Antragsgegner/Beschwerdegegner sei und sich unter diesen auch Mitglieder befänden, die sich eben gerade nicht der Auffassung der Antragsteller/Beschwerdeführer anschließen würden. Selbst wenn man in dem Sinne des Wegfalls der Streitigkeit argumentieren wolle, so hätte das Landesschiedsgericht den Verfahrensbeteiligten zumindest die Gelegenheit zu einer Anerkenntnis- oder Erledigungsentscheidung geben müssen.

9. Durch Beschluß des Bundesschiedsgerichts vom 11.03.1995 wurde dem Antrag nach § 13 Abs. 2 Satz 1 SchGO der Beigeladenen zu 1/ bis 5/ entsprochen. Die Beigeladenen sind dem Verfahren auf Seite des Antragsgegners/Beschwerdegegners beigetreten. Sie vertreten die der Rechtsauffassung der Antragsteller/Beschwerdeführer bzw. des Antragsgegners/Beschwerdegegners entgegenstehende Meinung, daß für einen Beschluß aufgrund der streitbefangenen Bestimmung eine satzungsändernde Mehrheit notwendig sei.

Sie behaupten, den Antragstellern/Beschwerdeführern fehle es an einem Rechtsschutzbedürfnis hinsichtlich der Anträge zu lit.a und lit.b, da deren Prüfung incident im Antrag zu lit.c enthalten sei.

Dieser wiederum sei unbegründet.

Ihre Auffassung, daß ein Beschluß nach § 14b der Landessatzung nur mit einer satzungsändernden Mehrheit zustande kommen könne, begründen sie unter Beweisanzug damit, daß diese Beschluslage und Willensbildung des Landesparteitages gewesen sei, in welchem die streitbefangene Bestimmung in die Satzung aufgenommen worden sei. Darüber hinaus habe es bereits eine Abstimmung unter Anwendung der von ihnen vertretenen Rechtsauffassung am 18./19.03. 1994 gegeben, die nie angegriffen worden sei. Im übrigen sei die Feststellung über das Quorum durch den Präsidenten des außerordentlichen Landesparteitages vom Antragsteller/Beschwerdeführer, wie auch vom Antragsgegner/Beschwerdegegner rügelos hingenommen worden. Selbst wenn man der Rechtsauffassung des Antragstellers/Beschwerdeführers folge, so sei jedenfalls auf dem außerordentlichen Landesparteitag am 14.01.1995 ein Übertragungsbeschluß nicht zustande gekommen. Da die Abstimmung auf dem außerordentlichen Landesparteitag verkündet, dort rügelos hingenommen und später publiziert worden sei, bestehe für das Ergebnis Vertrauensschutz.

Falls sich das Bundesschiedsgericht nicht in der Lage sehen sollte, die von den Beigeladenen angebotenen Beweise zu erheben, so sind diese der Auffassung, daß das Verfahren an das Landesschiedsgericht zurückverwiesen werden müsse, da ihnen sonst eine Instanz verloren gehe. Sie seien ohne ihr Verschulden gehindert gewesen, dem Verfahren zu einem früheren Zeitpunkt beizutreten.

Wenn jedoch das Bundesschiedsgericht dem Begehren der Antragsteller/Beschwerdeführer stattgeben sollte und einen Vertrauensschutz im Sinne der Beigeladenen verneine, so meinen diese, daß die Erläuterung der Satzung vor der Abstimmung auf das Abstimmungsverhalten der Delegierten Einfluß gehabt habe und diese Abstimmung daher wiederholt werden müsse.

Sie beantragen daher,

die Anträge gemäß Antragschrift vom 18.01.1995 als unbegründet zurückzuweisen,

hilfsweise:

die Sache zur weiteren Entscheidung an das Landesschiedsgericht zurückzuverweisen,

äußerst hilfsweise:

erneute Abstimmung über den Antrag ALPT 4/95 des a.o. Landesparteitages vom 14.01.1995 anzuordnen.

10. Wegen der Einzelheiten des Vorbringens wird auf die Schriftsätze der Verfahrensbeteiligten, das Protokoll der mündlichen Verhandlung und das erstinstanzliche Urteil Bezug genommen.

II.

Die Beschwerde gegen den Beschluß des Landesschiedsgerichts B vom 16.02.1995 ist nach § 26 SchGO zulässig; sie ist auch begründet.

1. Mit ihrem Antrag begehren die Antragsteller/Beschwerdeführer die Feststellung, daß § 14 b Abs. 1 Satz 3 der Landessatzung B in einem bestimmten Sinn ausgelegt werden muß, daß bei einer Abstimmung nach dieser Vorschrift Enthaltungen unberücksichtigt bleiben müssen, und daß deshalb nach dem Ergebnis der Abstimmung auf dem außerordentlichen Parteitag des Landesverbandes B am 14.01.1995 die Landesliste beschlossen worden sei. Damit haben die Antragsteller/Beschwerdeführer einen Feststellungsantrag gestellt, der nach den §§ 31 SchGO, 256 ZPO nur zulässig ist, wenn die Antragsteller ein Feststellungsinteresse haben. Das Feststellungsinteresse ist eine Prozeßvoraussetzung, die in jeder Lage des Verfahrens von Amts wegen zu prüfen ist.

Es kann dahinstehen, ob in dem Verfahren vor dem Landesschiedsgericht ein solches Feststellungsinteresse bestanden hat, nachdem der Antragsgegner/Beschwerdegegner das Rechtsbegehren der Antragsteller anerkannt hatte. Das Feststellungsinteresse der Antragsteller/Beschwerdeführer ist jedenfalls gegeben, nachdem die Beigetretenen dem Antragsbegehren der Antragsteller/Beschwerdeführer entgegengetreten sind und die Zurückweisung der Feststellungsanträge beantragt haben. Nach § 13 Abs. 1 SchGO ist ein

Beigeladener, der dem Verfahren beigetreten ist, ein Verfahrensbeteiligter mit allen Rechten, die die Schiedsgerichtsordnung dem Antragsteller und dem Antragsgegner zugesteht.

2. Die Antragsteller/Beschwerdeführer waren zur Stellung ihrer Anträge auch befugt. Gegenstand ihrer Anträge ist ein Streit über die Auslegung und Anwendung des Satzungsrechts der Partei. Bei einem solchen Streit handelt es sich um ein Verfahren, bei dem nach § 11 Nr. 3 SchGO außer dem Bundesvorstand und den Vorständen eines sonstigen Gebietsverbandes ein Mitglied der Partei nur antragsberechtigt ist, wenn es in der Sache persönlich betroffen ist. Diese Voraussetzungen erfüllen die Antragsteller/Beschwerdeführer. Sie waren alle Delegierte des außerordentlichen Parteitag am 14.01.1995, der nach § 14 b Abs. 1 Satz 3 der Landessatzung B darüber abgestimmt hat, ob eine Landesliste für die im Herbst 1995 anstehende Wahl zum [...] Abgeordnetenhaus [in B] eingeführt werden soll.

In dem anhängigen Schiedsgerichtsverfahren soll geklärt werden, wie sich das Abstimmungsverhalten der einzelnen Delegierten auf das Abstimmungsergebnis satzungsmäßig ausgewirkt hat. Infolgedessen ist jeder Delegierte, der an der Abstimmung auf dem Landesparteitag mitgewirkt hat, von diesem Verfahren persönlich betroffen. Das Bundesschiedsgericht braucht unter diesen Umständen nicht auf die Frage einzugehen, ob bereits jedes Parteimitglied persönlich betroffen ist, wenn bei einer politisch so wichtigen Entscheidung, wie sie nach § 14 b Abs. 1 Satz 3 der Landessatzung B zu treffen ist, Streit über die Auslegung der Satzung entsteht.

3. Das Antragsbegehren ist sachlich auch begründet.

Nach § 14 b Abs. 1 Satz 3 der Landessatzung B ist die Landesliste beschlossen, wenn der Landesparteitag diesen Beschluß "mit Zweidrittelmehrheit gefaßt hat". Nach dem im Protokoll ausgewiesenen Stimmenergebnis ist auf dem außerordentlichen Landesparteitag am 14.01.1995 diese Zweidrittelmehrheit erreicht worden. Nach § 32 Abs. 1 Satz 3 BGB, der auch für die Auslegung des Satzungsrechts einer Partei gilt, werden Beschlüsse der Mitgliederversammlung und der ihr nach § 8 Abs. 1 PartG gleichstehenden Vertreterversammlungen mit der Mehrheit der erschienenen Mitglieder (oder Delegierten) gefaßt. Soll von diesem Grundsatz abgewichen werden, muß dies nach der zwingenden Vorschrift des § 40 BGB in der Satzung ausdrücklich geregelt sein (BGHZ 106, 67, 72).

Dies gilt nicht nur für die Frage, mit welcher Mehrheit von Stimmen (Quorum) ein Abstimmungsergebnis erreicht werden soll, sondern auch, von welcher Stimmenanzahl bei der Berechnung des Abstimmungsergebnisses ausgegangen werden muß (Ausgangsgröße). § 14 b Abs. 1 Satz 3 der Landessatzung B regelt nur das Quorum und läßt, anders als die Vorschriften der §§ 25 Abs. 1 Buchst. h, 37 Abs. 1, 38 Abs. 1 der Landessatzung B, offen, welche Ausgangsgröße der Stimmen dabei berücksichtigt werden muß. Mit Recht schließen die Antragsteller/Beschwerdeführer und der Antragsgegner/Beschwerdegegner daraus, daß die Satzung des Landesverbandes B bei der Abstimmung über die Einführung einer Landesliste nur eine Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen verlangt. Dieser Auslegung steht nicht entgegen, daß § 26 Buchst. k der Landessatzung B bei der Beschreibung des Aufgabenbereichs des Bezirksausschusses diesen u.a. auch zur Aufstellung der Wahlvorschläge für die Wahl zum Parlament für zuständig erklärt. Diese Vorschrift ist lediglich eine Zuständigkeitszuweisung für den Fall, daß der Landesparteitag als das dafür zuständige höchste Landesorgan keinen Gebrauch von der ihm nach § 14 b

Abs. 1 Satz 3 der Landessatzung B zugestandenen Befugnis macht, eine Landesliste einzuführen.

Die Auslegung der Satzung, daß bei der Einführung der Landesliste nur eine Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich ist, kann durch die von den Beigetretenen unter Beweis gestellten Tatsachen nicht in Zweifel gezogen werden. Nach seit langem gefestigter Rechtsprechung sind Satzungen von Körperschaften - unabhängig von ihrer Rechtsform - grundsätzlich objektiv nach ihrem Inhalt aus sich heraus auszulegen (RGZ 165, 68, 73; BGHZ 21, 370, 372; 47, 172, 180). Das gilt auch für Satzungen einer politischen Partei (BGHZ 106, 67, 71). Maßgebend dafür ist der Gedanke, daß die Verfassung eines Verbandes wegen der wechselnden Mitglieder aus dem Empfängerhorizont verstanden werden muß. Willensäußerungen oder Interessen der Satzungsgeber oder sonstige Vorgänge aus der Entstehungsgeschichte spielen bei der Auslegung der Satzung keine Rolle; entscheidend ist allein ihr Wortlaut und ihr Inhalt insgesamt. Die unterschiedliche Wortfassung des § 14 b Abs. 1 Satz 3 der Landessatzung B und der übrigen oben angeführten Satzungsvorschriften läßt danach keine andere Deutung zu.

Bei der Berechnung der Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen zählen nur die JA- und die NEIN-Stimmen, nicht aber die Stimmenthaltungen und die ungültigen Stimmen. Auch diese Auslegung entspricht einer gefestigten Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (BGHZ 83, 35, 36; 106, 179, 181 f; für ungültige Stimmen vgl. BGHZ 76, 154, 158; 80, 212, 215). Von ihr abzuweichen, hat das Bundesschiedsgericht keine Veranlassung. Sie ist wohlbegründet und muß auch bei dem Abstimmungsverhalten innerhalb politischer Parteien berücksichtigt werden. Da nach dem Stimmenergebnis 221 JA-Stimmen gegen 110 NEIN-Stimmen standen, ist damit die Zweidrittelmehrheit erreicht. Der außerordentliche Landesparteitag vom 14.01.1995 hat die Einführung der Landesliste beschlossen. Diese Entscheidung wird nicht dadurch berührt, daß der Präsident des Landesparteitages - falsch beraten durch den Landessatzungsausschuß - das Abstimmungsergebnis rechtlich anders gewertet hat. Die Verkündung des Abstimmungsergebnisses durch einen Wahlleiter hat keine konstitutive Wirkung (BGH NJW 1975, 2101). Die Delegierten des Landesparteitages können sich auch nicht auf den Grundsatz des Vertrauensschutzes berufen. Abgesehen davon, daß nicht dargetan worden ist, inwieweit die Delegierten durch die falsche Rechtsberatung in ihrem Abstimmungsverhalten beeinflusst worden sein könnten, kann die Bekanntgabe einer Rechtsansicht durch das Parteitagspräsidium keinen Vertrauensschutz begründen. Jeder Delegierte ist eigenverantwortlich berechtigt und verpflichtet, sich selbst an Hand der Satzung darüber zu vergewissern, wie ein Abstimmungsergebnis zu beurteilen ist. Nicht ohne Grund gibt ihm die Schiedsgerichtsordnung die Möglichkeit, die Auslegung der Satzung jederzeit durch die unabhängigen Gerichte überprüfen zu lassen.

Das Bundesschiedsgericht hat auch geprüft, ob die unrichtige Belehrung über die Bewertung des Abstimmungsergebnisses durch den Parteitagspräsidenten zur Folge hatte, daß der Beschluß über die Einführung der Landesliste nicht wirksam zustande gekommen und deshalb nichtig ist, und ob eine Nichtigkeit auch ohne besondere Anfechtung vom Gericht beachtet werden muß. Nichtig ist eine solche Entscheidung nur, wenn sie an besonders schwerwiegenden Fehlern leidet und dies nach den besonderen Umständen des Falles offenkundig ist. Diese Voraussetzungen erfüllt der Beschluß des Parteitages nicht. Die unrichtige Belehrung stellt zwar einen formalen Fehler dar, der aber nicht so schwerwiegend ist, daß er den Beschluß des Landesparteitages zu einem Nichtakt macht, dem für jeden erkennbar die Unwirksamkeit anhaftet.

4. Die Kostenentscheidung beruht auf § 28 Abs. 1 und Abs. 3 Satz 1 SchGO.